

In Moskau alles beim Alten?

Aus russischen Fachzeitschriften und Journalen des ersten Halbjahrs 2008

Falk Bomsdorf*

Die Zahl der Zeitschriften und Journale, die sich der russischen Innen- wie Außenpolitik widmen, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen – ein Zeichen für das gestiegene Interesse der Leserschaft wie generell für den Zustand der Gesellschaft. Im folgenden werden Artikel aus drei Periodika vorgestellt: »Rossija v global'noj politike« (Russland in der Weltpolitik), eine Zeitschrift, die seit fünf Jahren erscheint und ihren Ehrgeiz, das russische Gegenstück zu »Foreign Affairs« zu werden, nicht verbergen muss; »The New Times«, die früher als »Novoe Vremja« erschien und gegenwärtig das Beste ist, was man in Russland an kritischem, aufgeklärtem Journalismus finden kann; schließlich das patriotisch-national ausgerichtete Hochglanzmagazin »Političeskij klass« (Politische Klasse) mit dem schönen Motto »Sapere aude!«, in dem die russischen Konservativen zu Wort kommen. Sämtliche Artikel sind vor Ausbruch des Krieges im Kaukasus erschienen; sie beleuchten gleichwohl den Hintergrund einiger wesentlicher Aspekte dieses Konflikts.

Auch in Russland wird in zahlreichen Artikeln die Frage gestellt, wer denn nun nach den Präsidentenwahlen die Macht in den Händen hält – Medvedev oder Putin. Unter den Antworten kann man alle möglichen Varianten mit allen möglichen bildhaften Vergleichen finden: Medvedev oder Putin als alleiniger Inhaber der Macht, ein Tandem aus beiden, mit dem einen oder dem anderen als Lenker, ein wirkliches Duumvirat, Medvedev als Fahrschüler, der das Auto zwar lenkt, Gas gibt und bremst, aber neben sich Putin als Fahrlehrer und wohl auch Prüfer sitzen hat, der jederzeit in alle Funktionen eingreifen kann.

Putin: Gegangen, um zu bleiben

In der *New Times* vom 18. Februar heißt es, Putin habe zunächst wirklich die Macht abgeben wollen. Doch dann habe er eingesehen, dass dies unmöglich sei: Die »Vertikale der Macht« – und das heißt, wie man interpretierend hinzufügen muss, die Macht selbst – würde ohne ihn zusammenbrechen, die Aktiva der den Kreml stützenden Clans würden mit seinem Rückzug untergehen. So habe Putin eine Konstruktion gesucht, die es ihm einerseits erlaube, in den Augen des westlichen Establishments als jemand zu erscheinen, der nach den Regeln der zivilisierten Welt

* Dr. Falk Bomsdorf, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung

spielt und sein Wort zu halten weiß, und ihm andererseits ermögliche, die Macht zu behalten und damit die Interessen des Clans zu befriedigen, den er selbst in den Kreml gebracht habe und dessen Geisel er geworden sei.

Diese Konstruktion ist bekanntlich gefunden: Medvedev ist Präsident und Putin Ministerpräsident geworden. Doch, so die durchgängig in der *New Times* vertretene Meinung, der alte Präsident sei nur gegangen, um zu bleiben. Anders ausgedrückt: Putin ist weiterhin derjenige, auf den es ankommt. Er habe einen Rückzug lediglich simuliert; tatsächlich werde er bis mindestens 2020 an der Macht bleiben. Der Kreml inszeniere im übrigen das klassische Rollenstück »good cop – bad cop«: Medvedev sei liberal und gutherzig; er verspreche – die Terminologie zeigt, in welcher Periode man sich bereits wieder sieht – ein »Tauwetter«; ihm stehe der schroffe und grobe Putin gegenüber, der die westlichen Partner ständig vor den Kopf stoße. Doch wie solle es unter Medvedev zu einer Liberalisierung oder einem Tauwetter kommen, wenn Putin keinesfalls die Absicht habe zu gehen?

Zwar gebe es in der Tat, so **Evgenija Al'bac**, die stellvertretende Chefredakteurin, in der *New Times* vom 16. Juni, zahlreiche Äußerungen des neuen Präsidenten und mancher Mitglieder der Regierung wie auch einige Urteile von Gerichten, die sich positiv von dem abhoben, was man bisher gewohnt gewesen sei. Aber erstens fänden sich auch Handlungen des Staates und seiner Organe, die das genaue Gegenteil seien, und zweitens sei in anderen Anlässen von wirklicher politischer Bedeutung keinerlei Bewegung zu erkennen, wie sie allein Indiz für eine gewisse liberale Wende sein könne. Schließlich die liberale Rhetorik des Präsidenten: Hier müssten den Worten schon Taten folgen, damit man tatsächlich von einer Änderung des Regimes sprechen könne. Der Apparat sei nicht dumm: Die Beamten empfangen Signale, dann warteten sie ab. Solange sie keine konkreten Anweisungen erhielten, in

Dokumentenform, mit Unterschrift, werde die liberale Rhetorik gleichsam nur als Hintergrundrauschen wahrgenommen, mit der Botschaft: Regt Euch nicht auf – alles bleibt beim Alten. Schon gebe es, so Al'bac, Anzeichen dafür, dass der Beamtenapparat die öffentlichen Erklärungen des neuen Präsidenten genau so auffasse.

Rückkehr Putins ins Präsidentenamt?

Für andere Autoren sind die Perspektiven keineswegs so eindeutig. Zu ihnen gehören **Gleb Pavlovskij**, Gründer und Chef des Instituts für effektive Politik und gemeinhin als einer der Spindoktoren des Kreml geltend, sowie **Stanislav Belkovskij**, Direktor des Instituts für nationale Strategie, der politisch nicht leicht einzuordnen ist und häufig als der Gruppe der *siloviki* und insbesondere dem jetzigen Vizepremier Sečin nahestehend angesehen wird. Pavlovskij lässt die Frage offen, »wer im russländischen Haus der Herr sein wird« – so das Thema des Gesprächs, das die *New Times* mit ihnen geführt hat und das in der Ausgabe vom 19. Mai abgedruckt ist: Es gebe auf diese Frage keine eindeutige Antwort, und das sei auch gut so. In jedem Fall werde Medvedev sich eine breite Koalition als Machtgrundlage schaffen, gebildet vor allem aus den »mittleren Schichten der Mittelklasse«, aber auch aus denjenigen *siloviki*, die er für »professionell adäquat« halte. Belkovskij äußert sich deutlicher und meint, regieren werde der Präsident und nicht der Ministerpräsident: Einzige Quelle der Legitimität sei der Thron. Einer Machtbasis bedürfe der russische Monarch, im Unterschied zu demokratischen Führern, nicht. Im übrigen werde jeder für Medvedev arbeiten, den dieser auswähle, auch der FSB. Putin habe den vitalen Interessen der Eliten gedient und für Stabilität gesorgt. Die einzige Aufgabe, die er nicht erledigt habe, sei die »Legalisierung der politisch-wirtschaftlichen Elite im Westen« gewesen. Dies komme nun auf Medvedev zu; und

dieser sei wie kein anderer geeignet, diese Aufgabe zu erfüllen – eine interessante Äußerung, hinter der man die Interessen der Gruppe vermuten kann, die Belkovskij dem Vernehmen nach vertritt: eben die *siloviki*. Sie wollen im Westen, wo man sie bisher nicht sonderlich wohlwollend betrachtet hat, offenbar hoffähig werden.

Belkovskij will sich nicht auf die Frage einlassen, ob die Konstellation Medvedev-Präsident, Putin-Premier nach zwei Jahren noch Bestand haben werde. In Russland sei jede politische Konstruktion durch zwei Faktoren begrenzt: zum einen durch die totale Korruption, die jedwede Reform blockiere; zum andern durch die objektiv schwierige Lage auf zahlreichen Politikfeldern: vom Anstieg der Lebensmittelpreise bis zum Finanzsystem, der Infrastruktur und dem Verfall der Streitkräfte. »Das Schicksal des Landes und folglich auch der Institute der Macht«, so Belkovskijs Vorhersage, der sich Pavlovskij widerstrebend anschließt, »wird von diesen objektiven Krisen entschieden werden.« Eine Prognose wagt Belkovskij gleichwohl: Putin werde nicht, wie von vielen vorhergesagt, 2012 als Präsident zurückkommen. Pavlovskij hält dies »absolut theoretisch« zwar für möglich, versteht aber nicht (oder gibt dies zumindest vor), zu welchem Zweck Putin denn wieder antreten solle.

Zurück zur Großmacht

Vitalij Tret'jakov, Chefredakteur von *Političeskij klass*, äußert in zwei in der Februar- und der Aprilnummer erschienenen langen Artikeln seine Überzeugung, dass es letztlich nicht darauf ankomme, wer in Russland Präsident sei: Jeder stehe, einmal an die Spitze des Staates gewählt, vor dem kategorischen Imperativ, wie ihn Vladimir Putin zu Beginn seiner Amtszeit formuliert habe: »Entweder wird Russland erneut Großmacht sein, oder es wird nicht sein.«

Auf dem Wege zur Großmacht sieht Tret'jakov eine Reihe von Hindernissen voraus. Das größte ist für ihn die »herr-

schende Klasse«, die er schon in früheren Veröffentlichungen als Hauptgegner ausgemacht hat. Er nennt sie die oligarcho-bürokratische Klasse; ihre Angehörigen verfügten nicht nur, wie die vormalige herrschende Klasse der Sowjetunion, über die Macht im Lande; sie seien vielmehr gleichzeitig die wichtigsten Eigentümer. Diese Klasse ignoriere, so Tret'jakov, die Interessen der Gesellschaft; ihre moralischen Normen stimmten nicht mit denen der Gesellschaft überein. Und vor allem: Ein wesentlicher Teil der herrschenden Klasse sei direkt oder indirekt mit der organisierten Kriminalität verbunden.

Dies schreibt, wohlgemerkt, kein Kritiker aus dem demokratischen Lager (das es tatsächlich noch gibt), sondern ein *gosudarstvennik* oder *deržavnik*, also ein Anhänger des starken Staates, der Putin und seine Erfolge preist und ihn gern weiter im Amt gesehen hätte. Es kommt noch besser: Tret'jakov meint nämlich, dass die politischen Führer »selbst Teil der herrschenden Klasse [sind] und deshalb nicht frei von vielen Instinkten, Komplexen, korporativen und schlicht freundschaftlichen Verbindungen innerhalb dieser Klasse.« Überdies verfüge die herrschende Klasse über weitaus mehr Ressourcen als Staat und Gesellschaft. Wolle die politische Führung gleichwohl versuchen, den egoistischen Interessen ihrer Klasse zuwiderzuhandeln, würde sie auf große Widerstände stoßen.

Der Ämterwechsel als Verbote der Demokratie?

Dmitrij Furman, Publizist und Mitarbeiter des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften, fragt in seinem in der zweiten Nummer von *Rossija v global'noj politike* erschienenen Artikel (»Wegegabelung 2008«) danach, was die Wahl des neuen Präsidenten für die Zukunft Russlands bedeute, und kommt dabei zu einem positiven Urteil. Die Entscheidung Putins, entgegen den Wünschen der Bevölkerung wie der Bürokratie nicht ein drittes Mal für

das Präsidentenamt zu kandidieren, sondern die Verfassung zu achten und seinen Posten zu verlassen, sei, so Furman, einmalig in der gesamten Geschichte Russlands, in der noch nie ein Regent auf die Macht verzichtet habe. Sie sei ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Modernisierung des russischen Selbstverständnisses, wie es sich über die Jahrhunderte der Autokratie herausgebildet habe; denn sie bedeute eine, wie Furman es ausdrückt, »Desakralisierung« und »Depersonalisierung« der höchsten Macht im Staate und stelle einen wichtigen Präzedenzfall für die Unterordnung des Regenten unter ein »Stück Papier« dar: die Verfassung. Die reale Bedeutung von Recht und Gesetz werde damit aufgewertet: Künftigen Präsidenten werde es praktisch unmöglich gemacht, über zwei Amtsperioden hinaus im Amt zu bleiben. Mit Putins Entscheidung verlasse die, wie Furman es nennt, »Imitatdemokratie« Russland den Weg, wie er für Staaten vom Schlage Kazachstans oder Belarus' typisch sei, in denen die Opposition total unterdrückt werde. Furman sieht den Putinischen Entschluss, die Verfassung einzuhalten, also in einem positiven Licht: Russland, so der Kern seiner Argumentation, werde damit geholfen, auf dem Weg zur wirklichen Demokratie voranzukommen.

Furmans These steht und fällt mit der Annahme, dass Putin tatsächlich der Macht entsagt hat und sich mit Ausführungsfunktionen begnügt, eine Annahme, wie sie Furman als *obiter dictum* tatsächlich formuliert: Putin sei vor allem deshalb Premier geworden, um Medvedev bei seinen Anfängen zu helfen. Wenn aber Putin nur gegangen ist, um zu bleiben – und dafür spricht immer mehr –, wird Furmans positiver Bewertung die Grundlage entzogen. Furman schreibt denn auch am Schluss seines Essays, es könne in Russland alles ganz anders kommen, als von ihm angenommen; insbesondere könne sich die »Imitatdemokratie« in Russland weiter verfestigen. Die sich gegenwärtig bietende Gelegenheit einer »weichen« Entwicklung des Landes in Richtung tatsächlicher Demo-

kratie sei eben nur eine Gelegenheit: Ob sie ergriffen werde, hänge von dem künftigen Handeln sowohl Medvedevs wie Putins und vieler anderer ab.

Außenpolitik: Wunsch und Wirklichkeit

Auch die Außenpolitik ist einer der Themenbereiche, denen mit Blick auf die neue Machtkonstellation an der Spitze des Staates zahlreiche Aufsätze gewidmet sind. Das ist nicht verwunderlich, erweist sich doch gegenwärtig – der Krieg im Kaukasus ist dafür ein deutliches Beispiel – vor allem auf diesem Feld, wer derjenige ist, der die Entscheidungen trifft, und wer derjenige, der sie nur verkündet. **Timofej Bordačev**, Forschungsdirektor des Rates für Außen- und Sicherheitspolitik, und **Fedor Luk'janov**, Chefredakteur von *Rossija v global'noj politike*, stellen in der zweiten Nummer der Zeitschrift die Lage in der internationalen Arena dar, wie sie ihrer Auffassung nach der Kreml sieht (»Zeit, um Steine zu werfen«). Dabei entsteht ein eher düsteres Bild: Die Welt sei nicht mehr zu regieren, die alte Weltordnung nicht durch eine neue ersetzt worden; stattdessen herrsche Chaos. Die USA seien in ihrem Bestreben, eine globale Hegemonie zu errichten, gescheitert, desgleichen die Nato mit ihrem Versuch, Sicherheit über den euro-atlantischen Raum hinaus zu schaffen. Die Vereinten Nationen hätten sich den neuen Realitäten nicht angepasst; ihre Ära neige sich dem Ende zu. Auch die Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen seien in einem Zustand der Degradation begriffen. Und das internationale Wirtschafts-, Finanz- und Energiesystem drohe außer Kontrolle zu geraten.

Der Kreml, so die Autoren, reagiere auf diese globale Konstellation mit einer »aktiven und harten Förderung der eigenen grundlegenden Interessen«, mit einer, wie es ein Kritiker dieser Haltung ausgedrückt hat, revisionistischen Politik, bei deren Verfolgung man sich nicht scheut, den

internationalen Strukturen, Normen und Verträgen entgegenzutreten. Der Kreml habe erkannt, dass in der internationalen Arena das Prinzip gelte »Jeder für sich!«, und habe sich das schnell zu eigen gemacht. In dem gegenwärtigen kompromisslosen Konkurrenzkampf, so interpretieren die Autoren die Sichtweise des Kreml, strebe jeder Staat danach, seine relative Stärke noch zu steigern und zu diesem Zweck alle verfügbaren Ressourcen und Instrumente zu nutzen. All dies nähre gegenseitige Verdächtigungen und Misstrauen, bringe das »gute alte« Format der systemischen Konfrontation wieder auf den Plan: »liberaler« versus »autoritärer« Kapitalismus, russische gegen westliche Werte.

Aleksej Arbatov, langjähriger Duma-abgeordneter (»Jabloko«) und nunmehr Publizist und Wissenschaftler, wendet sich in der nächsten Nummer von *Rossija v global'noj politike* gegen diese Sichtweise: Dies sei eine Position im »Machostil«. Natürlich sei die Welt komplizierter geworden. Und die Hoffnungen auf eine allgemeine Harmonie nach dem Ende des Kalten Krieges seien sicherlich naiv gewesen. Doch bei allen Unterschieden und bei aller Konkurrenz gebe es doch zwischen den Großmächten keine antagonistischen Widersprüche. Vielmehr diktierten die fundamentale Gemeinsamkeit der Interessen in der multipolaren Welt und die wirtschaftliche und soziale Interdependenz eine »korporative Solidarität« und eine Zurückhaltung bei der Auswahl der Instrumente zur Durchsetzung der eigenen Interessen. Gewiss solle Russland seine Interessen zu fördern suchen; die Frage sei nur, was man unter den fundamentalen Interessen des Landes verstehe. Alles mitnehmen, was man kann – das sei die falsche Losung. Außenpolitische Prioritäten setzen, Ziele und Möglichkeiten realistisch einschätzen, Konsequenzen des eigenen Handelns vorhersehen, Bestärkung der wichtigen internationalen Prinzipien – so handle man, wie Arbatov erkennen lässt, am besten im nationalen Interesse. Immer nur nein zu sagen, wie dies der Kreml etwa im Falle der

Nato-Erweiterung oder der von den USA in Polen und Tschechien geplanten Raketenabwehr tue, sei völlig unzureichend. In den wichtigen Fragen müsse man vielmehr ebenso konstruktive wie konkrete Alternativen formulieren. Eine Großmacht wie Russland dürfe das System der internationalen Beziehungen nicht zerstören, sondern müsse aktiv an der Formierung eines neuen Systems mitwirken.

Auch **Dmitrij Trenin**, stellvertretender Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums und einer der brilliantesten Analytiker der russischen Außenpolitik, gibt dem neuen Präsidenten Ratschläge, und zwar in der *New Times* vom 4. Februar (»Medvedev für den Export«). Dabei wendet er sich ähnlich wie Arbatov gegen die gegenwärtige Haltung des Kreml, wie sie Bordačev und Luk'janov beschrieben haben. Russland habe, so höre man immer wieder in Moskau, nur zwei Freunde in der Welt: Öl und Gas zum einen, die Armee und die Flotte zum anderen. In dieser Perspektive sei es eine positive Note, wenn Medvedev Russland dazu aufrufe, sich Verbündete zu suchen. Wolle man die finden, müsse man aufhören, die internationalen Beziehungen, wie dies die russischen Eliten täten, als endlosen und unbarmherzigen Kampf zu sehen, in dem es keine Verbote gebe und Werte nur leere Worte oder gar Waffen in diesem Kampf seien. Wenn der neue Präsident eine moderne Außenpolitik führen wolle, müsse er sich dem Problem von Werten und Interessen zuwenden. Russland sei zwar in der Tat kein Schüler mehr; doch wenn es aufhöre zu lernen und Kritik anzunehmen, drohe dem Land Rückschritt und noch weiteres Zurückbleiben.

Souveränität – Trenin kritisiert das Lieblingskonzept der russischen politischen Klasse – sei nie absolut, auch für Russland nicht. Wenn das Land die internationale Tagesordnung mitbestimmen wolle, dann dürfe es nicht immer nur an die eigenen Interessen denken, sondern müsse auch diejenigen der internationalen Gemeinschaft in Rechnung stellen. Den alten und neuen Großmachtideologen schreibt er ins

Stammbuch, die Größe eines Landes werde im 21. Jahrhundert nicht dadurch definiert, wie viel und was man alles zerstören oder wozu man jemanden zwingen könne. Entscheidend seien vielmehr die innere Anziehungskraft einer Gesellschaft und die Fähigkeit ihrer Eliten zu innovativem Denken. In Russland indessen stelle man gegenwärtig die Verfügung über Energieträger auf dieselbe Stufe wie den Besitz von Nuklearwaffen: Wem nütze das?

Russische Energiepolitik

Aleksej Grivač und **Andrej Denisov**, beide Mitarbeiter der Zeitung *Vremja novostej*, widmen sich in der zweiten Nummer von *Rossija v global'noj politike* unter der Überschrift »Erfolge und Misserfolge der »Energiesupermacht« denjenigen Ressourcen, denen vor allem Russland seinen gegenwärtigen Aufstieg verdankt: Öl und Gas. Präsident Putin habe seinerzeit den Terminus »Energiesupermacht« nicht verwenden wollen, doch sei Energie unter seiner Präsidentschaft extrem politisiert worden. Gas, das wesentliche russische Exportgut, sei zum Gegenstand von Verhandlungen mit äußerster strategischer Bedeutung geworden; bei Pipelineprojekten stünden nicht mehr wirtschaftliche Erwägungen im Vordergrund, sondern geopolitische Konzepte einer wiederauferstehenden Großmacht. Schließlich habe die »Umverteilung des Eigentums zugunsten von Staatsgesellschaften« im Ölsektor – ein Euphemismus für das, was dem Ölkonzern Yukos widerfahren ist – der Außenpolitik des Kreml eine neue Qualität verliehen.

Die »Energiediplomatie«, die Moskau seitdem verfolgt hat, wird von den Autoren zwiespältig gesehen. Auf der einen Seite habe man in der internationalen Arena begonnen, Russland ernst zu nehmen; sein Recht, auf seinen nationalen Interessen, auch denen im Energiebereich, entschieden zu bestehen, werde nicht mehr in Zweifel gezogen. Und auch wenn es vermeidbare »Exzesse« und politisch begründete »In-

konsequenzen« gegeben habe, seien die Energiebeziehungen zu den anderen postsowjetischen Staaten rationaler und transparenter geworden. Auf der anderen Seite habe sich die Atmosphäre der Energiebeziehungen verschlechtert, was Russland dabei behindere, sein zu Beginn des Jahrhunderts gesetztes Ziel – Nutzung der Energieträger zur Modernisierung des Landes – zu erreichen. Die umfassende Politisierung der Materie, genährt sowohl vom Lieferanten wie von den Abnehmern, untergrabe die Grundlagen des Marktes und dränge die Parteien in eine Logik, die mit jener der Wirtschaft nichts zu tun habe. Die relative Dürftigkeit des russischen außenpolitischen Arsenal und der entsprechende Rückstand gegenüber dem Westen zwingen Russland, sich noch mehr auf seinen energiepolitischen Hebel zu verlassen. Dabei seien die Preissteigerungen bei Öl ursächlich dafür, dass die russischen Eliten ein überzogenes Gefühl der eigenen Bedeutung und der eigenen Erfolge kultivierten. Dies wiederum nähere in Europa eine hypertrophierte und teilweise irrationale Phobie vor Energieabhängigkeit: Russlands Partner seien nervös geworden und hätten ihren Widerstand gegen russische Initiativen verstärkt.

Angesichts dieses gemischten Bildes plädieren die Autoren für eine »Balance der Interessen« zwischen Lieferanten und Abnehmern von Energieträgern. Die Suche nach einem solchen Ausgleich wird ihrer Meinung nach in der nächsten Zukunft zum wesentlichen Gegenstand vor allem der europäischen politischen Agenda werden. Dabei könne ein »gegenseitiger Verzicht auf Politisierung der Energiezusammenarbeit« die Grundlage für ein wirklich partnerschaftliches Verhalten schaffen. Zu einem solchen Verhalten gehöre zunächst die zuverlässige Einhaltung aller Verpflichtungen durch die russische Seite. Moskau wäre auch gut beraten, wenn es die Überlegungen zur Schaffung einer »Gas-OPEC« einstellen würde. Die Europäer sollten bei aller Kritik mancher Länder doch sehen, dass die Projekte »Nord-Stream« und »South-

Stream« für die Versorgung des europäischen Marktes eine positive Rolle spielten. Die Kosten für die Pipelines seien zu hoch, als dass man diese als »Energiewaffe« benutzen könne.

Kampf um die Vergangenheit

Das Thema »Vergangenheit« spielt gegenwärtig in Russland eine große Rolle: Es wird wieder Geschichtspolitik betrieben; dabei beansprucht der Staat das Monopol auf Schaffung und Weitergabe von Erinnerung. In einem in der Mai- und Juniausgabe von *Političeskij klass* erschienenen umfangreichen Artikel äußert sich der Publizist **Aleksandr Jussupovskij** unter der Überschrift »Moralischer Krieg gegen Russland« zu einem Teilaspekt dieses Themas. Der Inhalt seiner Ausführungen wird aus dem Untertitel deutlich: »Die »Historische Wahrheit« als Propagandalüge«. Der Autor vertritt die These, der Kampf um die Interpretation geschichtlicher Fakten sei zu einer wesentlichen Dimension des Informationskrieges geworden, der gegenwärtig zwischen Russland und dem Westen ausgefochten werde.

Jussupovskij kritisiert die Art und Weise, wie bestimmte historische Ereignisse oder Akteure in Europa gesehen werden: Diese Interpretation sei emotional, hochmoralisch und in Schwarz-Weiß-Kategorien befangen; sie sei Instrument zur Beeinflussung des Massenbewusstseins, Mittel der Mythologisierung, letztlich Propaganda. Der Autor bietet dem Leser allerdings keine eigene Interpretation der Fakten an; sein Ansatz besteht vielmehr darin, Zweifel an der Einordnung hervorzurufen, welche die von ihm genannten Ereignisse bisher im Westen üblicherweise gefunden haben und noch finden.

Warum drehe Andrzej Wajda heute den Film »Katyń«? Nicht vielleicht doch, um die strategische Hinwendung Polens zur Nato und den USA mitsamt ihren globalen Plänen zu sichern? Jussupovskij stellt im übrigen Katyń implizit mit Mers-el-Kebir gleich (»Katyń im Wasser«) – mit jenem alge-

rischen Hafen, wo seinerzeit im Zweiten Weltkrieg auf Befehl Churchills die französische Flotte zerstört wurde, um sie der befürchteten Nutzung durch die Deutschen zu entziehen – und lässt erkennen, dass beiden Vorgängen dieselbe Logik zugrunde gelegen habe: die vorbeugende Vernichtung von Potentialen, die gegen einen selbst hätten eingesetzt werden können. Schließlich sei Polen in der Vorkriegszeit »einer der aggressivsten wahrscheinlichen Gegner« der UdSSR gewesen. Und auch heute finde man auf polnischen Websites und Internetforen viele von Hass und Feindschaft gegen Russland geprägte Äußerungen. Oder: Im Westen werde der Molotov-Ribbentrop-Pakt allgemein verurteilt. Dabei sei München diesem Pakt doch zeitlich vorausgegangen. Dort hätten die Westmächte Zeit gewinnen wollen – nichts anderes habe die Sowjetunion mit dem Abschluss des Paktes zu erreichen versucht: Zeit und Territorium zu gewinnen, auch im Interesse der Anti-Hitler-Koalition, allerdings um den Preis der Unabhängigkeit Polens. Aber Polen – siehe oben. Das Abwarten sowjetischer Truppen angesichts des Warschauer Aufstandes? Ein Eingreifen hätte das Leben Tausender sowjetischer Soldaten gekostet. Und hätten nicht auch die Amerikaner zunächst immer abgewartet, ihre Positionen gesichert und ausgebaut, ehe sie weiter zum Angriff vorgerückt seien? Die Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion: Sicher, man habe harte Maßnahmen treffen müssen, in großem Umfang; doch habe es im Baltikum viele Kollaborateure gegeben, viele hätten sogar als Soldaten gegen die Anti-Hitler-Koalition gekämpft. Raoul Wallenberg schließlich, der in einem russischen Lager umgekommen sein soll, sei, so lässt der Autor durchblicken, ein Zwei- oder Dreifachagent gewesen, im Solde sowohl der Amerikaner und Engländer wie der Deutschen. Und das Leben von Spionen sei nun einmal voller Risiken.

Jussupovskijs Botschaft: Alles sei viel komplizierter als landläufig angenommen. Gewiss, es seien viele unschöne Dinge passiert – aber auf allen Seiten. Und Opfer

seien regelmäßig auch Täter gewesen. Jedenfalls gebe es kein eindeutiges Bild. Und deswegen könne man letzten Endes kaum urteilen und schon gar nicht verurteilen: »Wir sind schlicht nicht imstande, die ganze Kompliziertheit dieser tragischen Epoche zu begreifen. Nicht imstande, uns in die Rolle von Menschen zu versetzen, die genötigt waren, unter konkreten Bedingungen einer konkreten Zeit ambivalente Entscheidungen zu treffen.«

Jussupovskij steht mit diesem Ansatz nicht allein; vielmehr stellt er paradigmatisch die Haltung eines großen, wenn nicht gar des überwiegenden Teils der russischen politischen Klasse dar. Mit einer solchen Auffassung braucht man keine »Verarbeitung« oder gar »Bewältigung« der Geschichte, braucht nicht einmal Abwehrmechanismen wie Verdrängung oder Unterdrückung: Die Geschichte ist, wie sie war – »komplex«, »kompliziert« (*složno*) und sich der moralischen Bewertung der Heutigen letztlich entziehend. Dem entspricht es, dass eine Verantwortung für die Geschichte (»historische Verantwortung«) von der russischen politischen Klasse meist abgelehnt wird. Dazu passt das gegenwärtig mit höchster Billigung begonnene Unterfangen der russischen Geschichtspädagogen, dem Land und seiner Gesellschaft eine »glückliche Vergangenheit« zu schaffen. Das auf diese Weise unterhaltene und stets neu erzeugte Bewusstsein der heutigen und insbesondere der heranwachsenden Generation bildet dann den Hintergrund, vor dem in Russland Politik betrieben wird – nach innen wie nach außen. In dieser Perspektive hat die Haltung der russischen politischen Klasse zur Vergangenheit Auswirkungen, die sich in ihrer Bedeutung für Russland selbst wie auch für die internationalen Beziehungen kaum überschätzen lassen.

Aus folgenden Artikeln wird zitiert

Al'bac, Evgenija/Barabanov, Il'ja, »Smena dekoracij« [Wechsel der Dekoration], in: *The New Times*, (18.2.2008) 7, S. 8–11

Al'bac, Evgenija/Cukanova, Ljubov', »Kto budet v rossijskom dome chozjainom?« [Wer wird im russländischen Haus der Herr sein?]. Interview mit **Gleb Pavlovskij** und **Stanislav Belkovskij**, in: *The New Times*, (19.5.2008) 20, S. 4–7

Al'bac, Evgenija, »Nanoottepel'« [Nanotauwetter], in: *The New Times*, (16.6.2008) 24, S. 6–7

Arbatov, Aleksej, »Ne razbrasyvat' kamni v stekljannom dome« [Im Glashaus keine Steine werfen], in: *Rossija v global'noj politike*, 6 (Mai–Juni 2008) 3, S. 182–193

Bordačev, Timofej/Luk'janov, Fedor,

»Vremja razbrasyvat' kamni« [Zeit, um Steine zu werfen], in: *Rossija v global'noj politike*, 6 (März–April 2008) 2, S. 72–87

Furman, Dmitrij, »Razvilka 2008« [Wegegabelung 2008], in: *Rossija v global'noj politike*, 6 (März–April 2008) 2, S. 8–18

Grivač, Aleksej/Denisov, Andrej, »Uspechi i neudači »energetičeskoj sverchderžavy« [Erfolge und Misserfolge der »Energiesupermacht«], in: *Rossija v global'noj politike*, 6 (März–April 2008) 2, S. 101–112

Jussupovskij, Aleksandr, »Deontologičeskaja vojna c Rossiej« [Moralischer Krieg gegen Russland], in: *Političeskij klass*, (Mai 2008) 5, S. 68–81, und (Juni 2008) 6, S. 78–97

Trenin, Dmitrij, »Medvedev na eksport« [Medvedev für den Export], in: *The New Times*, (4.2.2008) 5, S. 8–9

Tret'jakov, Vitalij, »Kakoj Medvedev, i kakoj Putin nužny nam posle marta 2008 goda?« [Welchen Medvedev und welchen Putin brauchen wir nach dem März 2008?], in: *Političeskij klass*, (Februar 2008) 2, S. 16–34

ders., »»Svoboda lučše, cem nesvoboda«. Kakoj budet politika Rossii pri novom prezidentе Dmitrii Medvedeve?« [»Freiheit ist besser als Unfreiheit«. Wie wird die Politik unter dem neuen Präsidenten Dmitrij Medvedev aussehen?], in: *Političeskij klass*, (April 2008) 4, S. 12–29

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380